

Gregor-Mendel-Str.36-37 \* 14469 Potsdam

Deutscher Hanfverband  
Rykestr. 13  
10405 Berlin

## Wahlprüfsteine

Potsdam, 05.08.2019  
Zeichen: JK

**Jacqueline Krüger**  
Generalsekretärin  
FDP Brandenburg

Jacqueline.Krueger@fdp.de  
www.fdp.de

Freie Demokratische Partei  
(FDP)  
Landesverband Brandenburg  
Gregor-Mendel-Str. 36-37  
14469 Potsdam

Telefon: 0331 – 29 16 41  
Telefax: 0331 – 29 19 40  
E-Mail: lvbrb@fdp.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihre Anfrage und beantworten die von Ihnen übersendeten Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Brandenburg 2019 wie folgt:

**1. Die deutsche Drogenpolitik basiert auf vier Säulen: Prävention, Beratung und Behandlung, Überlebenshilfe und Schadensminimierung, Repression und Angebotsminimierung. In Deutschland werden weit mehr Ressourcen für Repression als für Prävention ausgegeben. Wie bewerten Sie die Schwerpunktsetzung in der Drogenpolitik? Halten Sie Repression und die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten für eine sinnvolle Säule der Drogenpolitik?**

Der Prävention soll eine deutlich stärkere Rolle zukommen. Darüber hinaus ist Drogensüchtigen mit Behandlungsprogrammen deutlich besser gedient als mit Kriminalisierung. Daneben Repression erforderlich, besonders bei stark gesundheitsgefährdenden Drogen.

**2. Menschen, die Cannabis konsumieren, werden immer noch strafrechtlich verfolgt. Wollen Sie diese Strafverfolgung generell mildern, verschärfen oder unverändert lassen?**

Die Kriminalisierung des Cannabiskonsums halten wir für einen Irrweg. Deshalb setzen wir uns für die Legalisierung von Cannabis ein. Wir befürworten eine kontrollierte Freigabe von Cannabis und dessen Konsum für Erwachsene ab 18 Jahre, ebenso den Besitz oder Anbau für ausschließlich private Zwecke. In der Folge würden die meisten Cannabis-Delikte und deren Strafverfolgung wegfallen. Strafrechtlich relevant bleiben der Verkauf von Cannabis an Minderjährige, die illegale unkontrollierte Herstellung von Cannabis-Produkten und die Verkehrsgefährdung durch Cannabis-Konsum.

**3. Nach dem Urteil des BVerfG von 1994 sollen "Geringe Mengen" für den Eigenbedarf nicht strafrechtlich verfolgt werden. Wie stehen Sie zur aktuellen Verordnung zur Anwendung der "Geringen Menge" nach §31a BtmG in Brandenburg und planen Sie Änderungen?**

Wir setzen uns für die Legalisierung und die kontrollierte Freigabe von Cannabis ein

**4. Wollen Sie die Strafverfolgung des Anbaus weniger Hanfpflanzen zur Deckung des Eigenbedarfs mildern, verschärfen oder unverändert lassen?**

Wir befürworten eine kontrollierte Freigabe von Cannabis und dessen Konsum für Erwachsene ab 18 Jahre, ebenso den Besitz oder Anbau für ausschließlich private Zwecke. Dabei muss gewährleistet sein, dass keine Minderjährigen Zugang zu Cannabis bekommen und die Produktqualität gesichert ist.

**5. Nach §3 Abs. 2. BtMG kann eine Kommune oder ein Land eine Ausnahmegenehmigung für eine legale Veräußerung von Cannabis beantragen, wenn dies im wissenschaftlichen oder öffentlichen Interesse liegt. Wie stehen Sie zu einem Modellversuch für eine kontrollierte Veräußerung von Cannabis an Erwachsene?**

Positiv

**6. Ein regulierter legaler Markt bietet die Möglichkeit von Qualitätskontrollen bei Cannabisprodukten. Auf dem heutigen Schwarzmarkt sind der Wirkstoffgehalt sowie mögliche Verunreinigungen und Beimengungen des Cannabis für den Konsumenten nicht ersichtlich. Unter dem Aspekt der Schadensminimierung wäre die Möglichkeit für anonyme Substanzenanalysen ein drogenpolitisches Instrument, das auch jetzt genutzt werden könnte. Wie stehen Sie zur Qualitätskontrolle (Drug-Checking) von Substanzen wie Cannabis?**

Die von uns angestrebte kontrollierte Freigabe von Cannabis setzt eine strenge Qualitätskontrolle voraus. Der Schutz von Leben und Gesundheit hat hier für uns Priorität.

**7. Cannabiskonsumenten werden bei der Überprüfung der Fahreignung gegenüber Alkoholkonsumenten benachteiligt. Selbst ohne eine berauschte Teilnahme am Straßenverkehr kann Menschen, die Cannabis konsumieren, der Führerschein über das Verwaltungsrecht entzogen werden. Setzen Sie sich für eine Gleichbehandlung mit Alkoholkonsum bei der Auslegung der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) ein?**

Grundsätzlich ja. Wichtig ist, dass die Fahrtüchtigkeit gewährleistet ist.

**8. Der reine Besitz von Cannabis – ohne einen Bezug zum Straßenverkehr – wird nahezu regelmäßig von der Polizei an die Führerscheinstellen gemeldet. Dies widerspricht u.E. der Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 20.06.2002, in dem u.a. festgestellt wird, dass der Besitz, der einmalige oder gelegentliche Konsum von Cannabis ohne Einfluss auf das Führen von Kraftfahrzeugen im Straßenverkehr keine fahrerlaubnisrechtlichen Maßnahmen nach sich führen sollte. Wollen Sie in Brandenburg an dieser Praxis festhalten oder diese ändern?**

Wir sehen diese Praxis kritisch. Spätestens mit der kontrollierten Freigabe muss diese Praxis überprüft und angepasst werden.

**9. Viele drogenpolitische Maßnahmen betreffen eher Bundesrecht. Haben Sie vor, Ihre drogenpolitischen Positionen, beispielsweise über Bundesratsinitiativen, auch bundesweit zu vertreten?**

Ja

**10. Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Landespartei und Landtagsfraktion in der aktuellen Legislaturperiode?**

Die FDP Brandenburg war in der laufenden Legislaturperiode nicht im Landesparlament vertreten. Die FDP hat auf ihrem Bundesparteitag beschlossen, sich für die kontrollierte Freigabe von Cannabis einzusetzen.

**11. Welche drogenpolitischen Initiativen plant Ihre Partei und Fraktion für die kommende Legislaturperiode?**

Wir werden prüfen, inwieweit die Präventionsarbeit im Land verbessert werden kann und entsprechende Initiativen auf den Weg bringen bzw. unterstützen. Des Weiteren ist die Frage der Modellregion zu untersuchen und auf den Weg zu bringen.

**12. Es werden derzeit unterschiedliche Modelle für die Legalisierung weltweit diskutiert und teilweise erprobt. Die öffentliche Zustimmung für eine Legalisierung steigt derzeit rasant. Die Frage ist nicht mehr so sehr, ob wir legalisieren, sondern wie wir regulieren. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein regulierter Markt für Cannabisprodukte aussehen?**

Für uns kommt die Legalisierung in Verbindung mit einer kontrollierten Freigabe ausschließlich für Volljährige in Betracht. Hierbei ist die Qualität des Produktes zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen  
Jacqueline Krüger  
Generalsekretärin FDP Brandenburg